

Antrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kooperation mit Polen als europäischen Nachbarn weiter ausbauen und vertiefen

Der Landtag stellt fest:

Für das Land Brandenburg hat die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen eine übergeordnete Bedeutung, die sich in vielfältigen Kooperationen und in der Mitwirkung in europäischen und bilateralen Gremien zeigt. Die enge Zusammenarbeit mit unserem polnischen Nachbarn ist seit 1992 ausdrücklich als Grundsatz in der brandenburgischen Landesverfassung festgeschrieben. Um diesem besonderen Auftrag der brandenburgischen Landesverfassung gerecht zu werden, die gemeinsame Kooperation besser zu koordinieren und weiter zu intensivieren, hat die Landesregierung 2019 einen Beauftragten für Brandenburgisch-Polnische Beziehungen im Ministerium der Finanzen und für Europa eingerichtet.

Die brandenburgisch-polnischen Beziehungen sind für beide Länder eine große Bereicherung. Brandenburg verbindet nicht nur die 250 km lange Grenze zur Republik Polen. Vor allem die Vorbereitung auf und der Beitritt Polens selbst zur Europäischen Union vor mehr als 16 Jahren hat unsere Grenzregion kulturell, politisch und wirtschaftlich zusammenwachsen lassen. Auf allen Ebenen haben sich fruchtbare Kontakte und gleichberechtigte Partnerschaften unter Anerkennung der Errungenschaften einer liberalen und diskriminierungsfreien Gesellschaft entwickelt: Ob in der Zivilgesellschaft, zwischen Verwaltungen, Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen oder Wirtschaftsunternehmen.

In der europäischen Wertegemeinschaft arbeiten beide Länder heute als Partner noch enger zusammen als je zuvor. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Polen charakterisieren die traditionell guten Beziehungen. Inzwischen haben die bilateralen Beziehungen, insbesondere in den Doppelstädten entlang von Oder und Neiße, ein hohes Maß an Normalität erlangt. Das gegenseitige Vertrauen ist über die Jahre kontinuierlich gewachsen und man kann sich aufeinander verlassen.

Wichtigste Grundlage für gute nachbarschaftliche Beziehungen sind die Begegnungen der Menschen, die Erinnerung an die leidvolle Geschichte, aber auch der Austausch der jungen Generation. Politische und private Organisationen der Zivilgesellschaft leisten dabei einen wichtigen Beitrag.

Das Interesse an sach- und fachbezogener Zusammenarbeit steht im Vordergrund der partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Brandenburg. Es geht vor allem um wichtige Themen wie den Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur, das grenzüberschreitende Gesundheitswesen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Fachkräftesicherung, der Brand-, Katastrophen-, Hochwasser-, Klima- und Umweltschutz und die Zusammenarbeit der Kultur- und Bildungseinrichtungen.

Die Gewährleistung der Sicherheit hat für die Bevölkerung eine wesentliche Bedeutung für die Lebensqualität in ihrer Region. Die Sicherheitsbehörden auf beiden Seiten der Grenze sind untrennbare Partner und angesichts ständig neuer Herausforderungen bei der Schaffung von „Sicherheit für die Bürger“ stetig gefordert.

Einen entscheidenden Aufschwung hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem EU-Beitritt Polens im Jahre 2004 und der Erweiterung des Schengen-Raums 2007 erhalten. Die zunehmende Verflechtung des Wirtschaftsraums beiderseits der Oder sichert Brandenburg und den benachbarten Wojewodschaften eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung. Fast 400 brandenburgische Unternehmen unterhalten Geschäftsbeziehungen mit Polen, mit steigendem Interesse. Der polnische Nachbar ist dabei Brandenburgs wichtigster Wirtschaftspartner und liegt in der Außenhandelsstatistik bei den Exporten auf dem ersten Platz, bei den Importen auf Platz 2. Zwischen Polen und Brandenburg pendeln regelmäßig etwa 13.000 Menschen aus beruflichen Gründen.

Die aktuelle Situation im Zuge der Corona-Pandemie zeigt die Herausforderungen und Chancen einer gemeinsam gestalteten brandenburgisch-polnischen Region auf. Gerade die Corona-Krise hebt die Verbundenheit im deutsch-polnischen Grenzgebiet deutlich hervor, die durch Solidarität und Hilfsbereitschaft auf beiden Seiten gekennzeichnet ist.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel

1. im konstruktiven Dialog mit den polnischen Nachbarn die Idee eines starken deutsch-polnischen Verflechtungsraumes weiter voran zu bringen;
2. in diesem Rahmen die Erarbeitung einer einheitlichen Strategie fortzusetzen, um die bestehende Kooperation von Brandenburg mit seinen polnischen Nachbarwojewodschaften weiter auszubauen und zu intensivieren. Diese Strategie soll als Grundlage der brandenburgisch-polnischen Zusammenarbeit in der nächsten Zukunft dienen, das Profil des Beauftragten für die brandenburgisch-polnischen Beziehungen weiterentwickeln und die Gebiete Politik, Wirtschaft, Umwelt, Klimaschutz und grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie Wissenschaft, Kultur, Migration und zivilgesellschaftlicher Austausch (u.a. den Kinder- und Jugendaustausch) umfassen und den Umbau der Energiewirtschaft vorantreiben sowie die gemeinsame Verantwortung für den wertvollen Naturraum der Oder hervorheben;
3. die gemeinsame Entwicklung der Metropolregion Stettin und der Doppelstädte weiter voranzutreiben und dabei das deutsch-polnische Grenzgebiet als gemeinsamen Wirtschaftsraum fortzuentwickeln;

4. die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Gemeinden und Landkreisen mit ihren polnischen Partnern weiterhin zu unterstützen, insbesondere im Rahmen von kommunalen Partnerschaften und grenzüberschreitender Zivilgesellschaft und Initiativen - eine vergleichbare Regelung wie das „Karlsruher Übereinkommen“ wird weiterhin angestrebt - und dabei auf die Achtung der Grundsätze einer liberalen und diskriminierungsfreien Gesellschaft hinzuwirken;
5. die grenzüberschreitenden Angebote des VBB in Kooperation mit den benachbarten Wojewodschaften zu vertiefen, insbesondere auch im Hinblick auf polnische Tagespendlerinnen und Tagespendler zur zukünftigen Tesla Fabrik in Grünheide;
6. den Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur zu intensivieren, insbesondere bei den Schienenverbindungen in Richtung Berlin-Szczecin, Berlin-Cottbus-Wrocław und Berlin-Küstrin-Gorzów, und die Kommunen und Kreise bei der Umsetzung grenzüberschreitender Nahverkehrs-, Fähr- oder Radwegeverbindungen zu unterstützen;
7. das Interesse aller Generationen an der polnischen Sprache und Kultur zu fördern, dazu im Rahmen der Erarbeitung des geplanten Mehrsprachigkeitskonzeptes den notwendigen Bedarf zu ermitteln, um die organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen, inklusive der Lehramtsausbildung abzusichern indem u. a. zweisprachige Kitas unter besonderer Berücksichtigung des Immersionsansatzes, der Kindern ein „Eintauchen“ in die Nachbarsprache und damit einen leichten Zugang zur Sprache bietet, besonders unterstützt, Polnisch an deutschen Schulen bzw. die Etablierung von mehr Europaschulen gefördert und die Gründung deutsch-polnischer Schulen ermöglicht, die Zusammenarbeit im Bereich der Weiterbildung insb. an den Volkshochschulen intensiviert sowie die Möglichkeiten der Medienzusammenarbeit ausgelotet werden;
8. das bildungspolitische Instrument der Gedenkstättenfahrten nach Polen auszubauen und auf Gedenkorte der polnischen Geschichte zu erweitern;
9. die Stiftung Haus Brandenburg, die die Geschichte der seit 1945 zu Polen gehörigen Teile der früheren Provinz Brandenburg darstellt und damit eine gesamtstaatliche Aufgabe im Geiste der Versöhnung mit Polen wahrnimmt, in Zusammenarbeit mit polnischen Akteurinnen und Akteuren sowie dem Bund zu unterstützen;
10. die Stiftung Genshagen als Leuchtturm europapolitischer Arbeit in Brandenburg weiterhin zu unterstützen und die Förderung zu verstetigen;
11. die Kooperation von Wissenschaftsstiftungen, Institutionen und Hochschulen zur Verbesserung des gegenseitigen Austausches zu stärken, insbesondere die enge Kooperation zwischen der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und der Adam-Mikiewicz-Universität Poznan;
12. die Kooperationen im Brand- und Katastrophenschutz und im Bereich der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität sowie medizinischer Notfälle im gegenseitigen miteinander auszubauen;
13. die gute Zusammenarbeit im Bereich Verbraucherschutz fortzuführen und auszubauen, wie u. a. das Deutsch-Polnische Verbraucherinformationszentrum, als auch den Bereich Gesundheit, u. a. bei medizinischen Notfällen, im Hinblick auf Brandenburger Medizinstudierende an polnischen Universitäten, als auch der vielen in Brandenburg praktizierenden polnischen Medizinerinnen und Medizern;
14. sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Förderprogramme der Europäischen Union zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit (INTERREG A-Programme) als wichtiges und eigenständiges Instrument der europäischen Strukturpolitik gestärkt werden;

15. die deutsch-polnische Sicherheitszusammenarbeit zu vertiefen, und die Arbeit des gemeinsamen Zentrums der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Świecko weiterzuentwickeln und auch eine intensivere Zusammenarbeit der Staatsanwaltschaften anzustreben.

Begründung:

Die beiderseitigen Beziehungen konnten mit der Überwindung der deutschen und europäischen Teilung von Grund auf neu ausgerichtet werden. Seitdem haben sich Brandenburg und Polen auf politischer wie zivilgesellschaftlicher Ebene weiter einander angenähert. Den Rahmen der intensiven Kooperation auf regionaler und lokaler Ebene bilden die Partnerschaften mit den polnischen Nachbar-Woiwodschaften, die zahlreichen Städtepartnerschaften sowie die Zusammenarbeit in den Euroregionen mit deutscher und polnischer Beteiligung.

Brandenburg und Polen verfolgen das gemeinsame Ziel einer handlungsfähigen Europäischen Union, die ein Europa der Bürgerinnen und Bürger ist und auf globaler Ebene als Akteur mit gemeinsamem Gestaltungswillen auftritt. Von der gemeinsamen Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitieren zahlreiche deutsche und polnische Bürgerinnen und Bürger. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die freie Wahl des Wohnortes machen es möglich, dass heute polnische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Brandenburg und Brandenburgerinnen und Brandenburger in Polen leben und arbeiten. Sie bereichern Brandenburgs kulturelle Vielfalt und tragen gleichzeitig zur wirtschaftlichen Entwicklung in den grenznahen Regionen Brandenburgs bei.

Der rege Wirtschaftsaustausch bildet eine solide Grundlage der brandenburgisch-polnischen Beziehungen. Rund 400 Brandenburger Unternehmen unterhalten Geschäftsbeziehungen zu Polen. Das Interesse an geschäftlichen Beziehungen mit Polen ist hoch. Erfreulich ist, dass immer mehr polnische Unternehmen in Brandenburg in den Bereichen Automobilwirtschaft, chemischen Industrie oder im Bereich Handel und Dienstleistungen investieren. Seit dem Jahre 2010 nimmt die Zahl polnischer Investitionen auch in Brandenburg deutlich zu, diese Entwicklung ist durch geeignete Maßnahmen zu fördern. Heute gehört Polen zu den Top 10 der internationalen Investoren in Brandenburg.

Die kontinuierlich wachsenden wirtschaftlichen Beziehungen stellen eine hervorragende Ausgangslage dar, um die Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich weiter zu festigen und Grundlage für das Zusammenwachsen weiterer Lebensbereiche zu sein. Langfristiges Ziel muss dabei insbesondere der weitere Ausbau der Verkehrswege zwischen Brandenburg und Polen bleiben. Neben dem Erreichten besteht Nachholbedarf beim Ausbau der grenzüberschreitenden Schieneninfrastruktur und Zugverbindungen. Ziel ist es, die grenzüberschreitenden Beziehungen durch eine bessere Infrastruktur und grenzüberschreitenden Angebote des VBB in Kooperation mit den benachbarten Wojewodschaften zu stärken. Insbesondere mit dem Ausbau der Elektrifizierung kann dem Erfordernis ökologisch-klimatisch nachhaltiger Verkehrsangebote in den wachsenden Metropolräumen beiderseits der Grenze entsprochen werden.

In Zukunft bieten etwa der Ausbau der erneuerbaren Energien als klimapolitische Kooperation und Strategien zum Strukturwandel viel Potential für eine intensivere Verflechtung der deutsch-brandenburgischen Wirtschaftskooperation. Gerade die Doppelstädte an der deutsch-polnischen Grenze und die Metropolregion Stettin tragen zum Zusammenwachsen bei und sollen künftig stärker bei wegweisenden und innovativen Projekten für die Grenzregion unterstützt werden.

Bei der Weiterentwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit in benachbarten Grenzregionen profitieren, u. a. Brandenburg und seine Nachbar-Woiwodschaft Lubuskie von Mitteln der Europäischen Union mit insgesamt rund 100 Millionen Euro in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020. Auch in Zukunft ist es von zentraler Bedeutung, dass die Förderung aus dem EU-Programm INTERREG A als wichtiges und eigenständiges Finanzinstrument der europäischen Strukturpolitik gestärkt wird.

Eine der wichtigsten Grundlage für die guten nachbarschaftlichen Beziehungen sind die Begegnungen der Menschen. Dabei leisten neben dem Partnerschaftsbeauftragten des Landes Brandenburg für Wielkopolskie/Großpolen politische und private Organisationen der Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag. Nicht zu vergessen sind die zahlreichen Bürgerinnen und Bürger, die sich für die deutsch-polnischen Beziehungen auch im Kleinen engagieren. Für den intensiven deutsch-polnischen Kultur-, Jugend- und Bildungsaustausch tragen zudem die vielen Städtepartnerschaften, die Aktivitäten der Landkreise und Gemeinden und von Schulen und Hochschulen sowie wissenschaftlicher Gesellschaften bei. Vor allem die 1991 gegründete Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) als „Werkstatt europäischen Denkens“ vertieft den gegenseitigen wissenschaftlichen und kulturellen Austausch.

Deutsche und Polen sprechen heute offen und frei von Ängsten miteinander über die Vergangenheit. Vor allem in der jungen Generation besteht großes Interesse von- und miteinander zu lernen und gegenseitig Erfahrungen auszutauschen. Neben der guten wissenschaftlichen Zusammenarbeit sind deshalb auch zukünftig weitere Anstrengungen bei der Vermittlung der polnischen Sprache in Deutschland und der deutschen Sprache in Polen, sowie beim Schüler- und Studentenaustausch sinnvoll und nötig.

Zur Gewährleistung der Sicherheit arbeiten die Sicherheitsbehörden auf beiden Seiten der Grenze bereits jetzt eng zusammen, um grenzüberschreitende Kriminalität effektiver zu bekämpfen und Prävention zu leisten. Ein besonderes Augenmerk muss darauf liegen, diese Kooperation weiter auszubauen und zur Selbstverständlichkeit in der täglichen Zusammenarbeit werden zu lassen.

Die Erarbeitung einer einheitlichen Strategie wird ein weiteres Fundament bilden, die bestehende Kooperation von Brandenburg mit seinen polnischen Nachbarwojewodschaften weiter auszubauen und zu intensivieren. Übergeordnetes Ziel ist es, im konstruktiven Dialog miteinander die Idee eines starken deutsch-polnischen Verflechtungsraumes voran zu bringen, der von gegenseitiger Achtung und den europäischen Werten getragen ist.